



14. September 2015

## **Niederschrift**

**über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz  
(14/20) am 6. Juli 2015**

**im Abgeordnetenhaus, Sitzungssaal 401,  
Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz**

Teilnehmer:           siehe Anwesenheitsliste  
Dauer:                 10:00 Uhr –13:00 Uhr

### **Festgestellte Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festlegung der Tagesordnung
3. Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 9. Februar 2015
4. Informationen aus den Fachausschüssen des LJHA
5. Information aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes
6. Vorlage Nr. 36  
Auftrag an die Fachausschüsse für die kommende Haushaltsaufstellung
7. Zweiter Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz
8. Vorlage Nr. 37  
„Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz“ – eine Anregung für alle Beteiligten in der Schulsozialarbeit
9. Verschiedenes



### **zu TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende Albrecht Bähr eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder. Die ordnungsgemäße Einladung zu dieser Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses werden festgestellt. Herr Bähr informiert über Mitgliederwechsel bzw. Neuberufungen in den Landesjugendhilfeausschuss.

Tanja Gebert (Landeselternausschuss) ist aus dem Landesjugendhilfeschuss ausgeschieden. Die Nachfolge als stellvertretendes beratendes Mitglied tritt Andreas Winheller (Vorsitzender des Landeselternausschusses) an. Er wurde von Frau Ministerin Alt in den Landesjugendhilfeausschuss berufen.

Für den Städtetag Rheinland-Pfalz wurde Beigeordneter Waldemar Herder von Frau Ministerin Alt in den Landesjugendhilfeausschuss berufen. Er tritt die Nachfolge von Georg Büttler an.

Bei den Vertreterinnen und Vertretern der SPD-Landtagsfraktion im Landesjugendhilfeausschuss hat sich folgende Veränderung ergeben:

Die Abgeordnete Ulla Brede-Hoffmann ist aus dem Landesjugendhilfeausschuss ausgeschieden. Der Abgeordnete Johannes Klomann ist als stimmberechtigtes stellvertretendes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss gewählt worden.

Lea Rettig, Landesvertretung für Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz, soll auf Vorschlag des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen als Nachfolgerin von Johannes Domnick als beratendes Mitglied in den LJHA berufen werden.

**Die Mitglieder berufen Frau Rettig einstimmig in den Landesjugendhilfeausschuss.**

### **zu TOP 2: Festlegung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

### **zu TOP 3: Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 9. Februar 2015**

Die Niederschrift vom 9. Februar 2015 wird einstimmig angenommen.

### **zu TOP 4: Informationen aus den Fachausschüssen des LJHA**

#### **Fachausschuss 1:**

Zur Sitzung vom 17. Juni 2015 wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

#### **Fachausschuss 2:**

Zur Sitzung vom 19. Main 2015 wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

#### **Fachausschuss 3:**

Zur Sitzung am 21. April 2015 wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

**zu TOP 5: Information aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes**

Regina Käseberg aus dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen informiert für den Bereich „Kinder- und Jugendpolitik“ zu folgenden Punkten:

- Für das Jahr 2015 hat turnusgemäß das Saarland den Vorsitz der JFMK übernommen. Am 21. und 22. Mai 2015 fand die Jahreskonferenz der Jugend- und Familienkonferenz (JFMK) unter Vorsitz von Monika Bachmann, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, im Saarland statt.
- Die diesjährige JFMK hält die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die berufliche und soziale Eingliederung von leistungsschwächeren jungen Menschen für erforderlich. Sie fordert dringend die differenzierten Unterstützungsmöglichkeiten nach SGB II, SGB III und SGB VIII für sozial benachteiligte junge Menschen besser aufeinander abzustimmen.  
Die JFMK fordert daher die Bundesregierung auf, gesetzgeberisch tätig zu werden und die Vorschläge des Bundesrats zur besseren Zusammenarbeit und zur nachhaltigen Sicherstellung der bewährten Angebote umzusetzen.
- Die JFMK hat ein umfangreiches Papier zum Jugendmedienschutz beschlossen. Bei dem Beschluss handelt es sich um ein Bund-Länder-Eckpunktepapier „Aufwachsen mit digitalen Medien“.  
In diesem Zusammenhang bietet Regina Käseberg dem Gremium an, die Gelegenheit zu nutzen, sich über das Thema erzieherischen Jugendschutzes im Internet und den Umgang mit digitalen Medien nach SGB VIII, auszutauschen. Der Jahresbericht von jugendschutz.net ist erschienen und wird den Mitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt. Weitere Informationen sind im Internet unter: [www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net) erhältlich.
- Zum Thema „Kindertagesbetreuung“ wird es einen gesonderten Bund-Länder-Kongress im November geben.

Claudia Porr ergänzt mit weiteren vier Punkten zur Berichterstattung der JFMK Jahreskonferenz:

- Zur Fortführung der Mehrgenerationenhäuser haben sich Bund und Länder darauf verständigt eine Vereinbarung zur nachhaltigen Förderung von Mehrgenerationenhäusern abzuschließen.
- Die JFMK hat mit Blick auf die Vorfälle in der „Haasenburg“ in Brandenburg einen Beschluss zur Weiterentwicklung des § 45 ff SGB VIII gefasst. Sie hält eine grundlegende Prüfung der rechtlichen Grundlagen der Heimaufsicht sowie einer gesetzlichen Weiterentwicklung zur Stärkung der Handlungsmöglichkeiten der Aufsicht für erforderlich.  
In diesem Zusammenhang bittet die JFMK die von der AGJF eingerichtete Arbeitsgruppe bis Ende 2015 besondere Themenbereiche zu prüfen und Vorschläge zur Novellierung der §§ 45 ff. SGB VIII vorzulegen. Die Arbeitsgruppe soll mit dem zuständigen Bundesministerium zusammen arbeiten und die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sowie die kommunalen Spitzenverbände beteiligen.

- Ein weiterer JFMK Beschluss betrifft die Fortführung des Prozesses zur Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung (HzE).
- Die JFMK beschäftigte sich mit dem Thema „Flüchtlingsfamilien“ und hat den Beschluss gefasst, dass begleitete Flüchtlingskinder den gleichen Anspruch auf Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe haben sollen wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sofern es einen Bedarf gibt. Die AGJ hat zu diesem Thema ein Positionspapier „Kind ist Kind!“ verabschiedet. (siehe hier [www.agj.de](http://www.agj.de))

Die Beschlüsse der Jugend- und Familienkonferenz 2015 sind im Internet unter [www.jfmk.de](http://www.jfmk.de) veröffentlicht.

Frau Käseberg informiert zu weiteren vier Punkten:

- Am 17. September 2015 findet der Fachkongress „Qualität im Diskurs – Erziehung, Bildung und Betreuung in der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz“ statt.
- Der Bund führt seine Zusatzfinanzierung zum Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ mit einer neuen Förderphase seit dem 24. April 2015 weiter fort. Arbeitgeber aller Größen können sich am Programm beteiligen und erhalten finanzielle Anreize, neue betriebliche Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Die Förderung erfolgt als pauschaler Zuschuss zu den laufenden Betriebskosten in Höhe von 400 Euro pro neu geschaffenen Ganztagsbetreuungsplatz/Monat. Sie wird als Anschubfinanzierung für bis zu zwei Jahren gewährt, um die Startphase zu erleichtern. Gefördert werden auch Verbundlösungen von kleinen und mittleren Unternehmen, die sich für eine gemeinsame Kinderbetreuung zusammenschließen.
- Bundesprogramm „Betreuungszeiten“ des BMFSFJ: Von Beginn der Betreuung an bis zum Schulalter sollen zusätzliche, am Bedarf der Familien ausgerichtete Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ermöglicht werden. (24 Std. Kitas) Das bedeutet nicht, dass Kinder länger betreut werden – es geht vielmehr darum, passgenaue Lösungen zu den Tageszeiten anzubieten, zu denen Familien eine Betreuung benötigen. Ab Januar 2016 sollen für drei Jahre zukunftsfähige Konzepte gefördert werden, die bedarfsgerechte Betreuungszeiten erarbeiten, erproben und umsetzen.
- Der Bund engagiert sich mit seinem Programm „Frühe Bildung – gleiche Chancen, Bundesprogramm Kindertagespflege“ für die Qualifizierung von Fachkräften in der Kindertagespflege. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat ein Kompetenzorientierungs-Qualifizierungshandbuch mit 300 Unterrichtseinheiten erarbeitet.

Claudia Porr aus dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen informiert für den Bereich „Familie“ zu zwei weiteren Punkten:

- Zum Thema „Heimkinder 50er/60er Jahre“ hat die Finanzministerkonferenz der Aufstockung des Fonds zugestimmt. Die Zustimmung der Ministerpräsidentenkonferenz ist noch einzuholen. Anschließend steht der Aufstockung des Fonds nichts mehr im Wege.
- Seit dem 9. Juni 2015 gibt es den Referentenentwurf zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Er definiert eine klare Zuständigkeit der Kinder-

und Jugendhilfe für minderjährige Flüchtlinge unter 18 Jahren.

Das BMFSJ plant, das Kabinett am 15. Juli 2015 mit dem Referentenentwurf zu befassen. Anfang September wird der Bundesrat sich beraten. Die Gesetzesänderung wird voraussichtlich ab Januar 2016 in Kraft treten. Es soll eine jährliche Berichterstattung des Bundes mit einer Evaluationsklausel geben.

In Rheinland-Pfalz laufen derzeit Arbeitsprozesse mit Jugendämtern und öffentlichen sowie freien Trägern, damit eine praxisorientierte Administration schnell umgesetzt werden kann. Am 15. Dezember 2015 findet ein Fachtag zu den gesetzlichen Neuregelungen mit Ministerin Irene Alt im Schloss Waldhausen in Mainz statt. Die Einladungen werden in Kürze versandt.

Johannes Jung berichtet stellvertretend für Frau Caron-Petry aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur zu drei Punkten:

▪ Schulgesetz/Inklusion

Am 1. August 2015 werden weitere acht Schwerpunktschulen als Förder- und Beratungszentren an den Standorten der Stadt Koblenz, im Landkreis Altenkirchen, im Landkreis Cochem-Zell, im Landkreis Mayen-Koblenz, im Landkreis Bad Kreuznach, im Landkreis Bernkastel-Wittlich und im Westerwaldkreis sowie die Landesschule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied gefördert.

▪ Unterstützungsfonds, verankert im § 109b SchulG

Jährlich zum 1. März des Jahres werden 10 Mio. Euro an die Kommunen ausbezahlt. In der letzten Sitzung wurde vereinbart, die Aufgaben- und Tätigkeitsfelder der jeweils beschäftigten Arbeitskräftegruppen (Lehrer, Integrationshelfer) für die Träger zu beschreiben. Die nächste Sitzung mit den kommunalen Spitzenverbänden ist für den 3. November 2015 angesetzt.

▪ Änderung der Ferienverordnung

Ab 1. August 2017 wird eine neue Ferienordnung in Kraft treten. Ab dem Schuljahr 2018/2019 bis zum Schuljahr 2023/2024 werden zusätzlich kleine Ferienabschnitte Winter- oder Pfingstferien eingeführt. Die Schulen, die Landesschülervertretung und der Landeselternbeirat haben als Gremium der Neukonzeption vollumfänglich zugestimmt.

Prof. Ralf Haderlein fragt an, ob das G8 Abitur verändert wird. Herr Jung dementiert und stellt klar, dass zum 1. August 2015 in ganz Rheinland-Pfalz 21 G8-Gymnasien ihre Arbeit fortsetzen werden. Den Schulen ist freigestellt, welche Schulform sie wählen.

Christiane Giersen möchte wissen, ob die freien Träger an der Erarbeitung der Empfehlung für Integrationshelfer/innen, Lehrkräfte oder pädagogischem Fachpersonal beteiligt werden. Herr Jung erklärt, dass die Arbeitsgruppe mit den zuständigen Trägern in Gesprächen ist. Zuständig sind nach der Regelung des SGB VIII und SGB XII die Landkreise und die kreisfreien Städte. Sie beauftragen ihrerseits die freien Träger, die bei der Beteiligung mit angehört werden.

Eric Niekisch möchte wissen, ob die Halbjahreszeugnisausgabe von Ende Januar auf Ende Februar verschoben werden können. Es würde den Druck im Herbst bei den

Schülerinnen und Schülern verringern. Johannes Jung nimmt die Anfrage mit ins Bildungsministerium.

Birgit Zeller berichtet aus der 118. Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, die im Mai in Kiel getagt hat.

- Mit der Empfehlung „Qualitätsmaßstäbe und Gelingensfaktoren für die Hilfeplanung gemäß § 36 SGB VIII“ gibt es erstmals seit dem Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vor 25 Jahren bundesweit einheitliche Maßstäbe. Sie ist eine praxisorientierte Empfehlung, die auch für den Prozess der Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung genutzt werden kann. Die Empfehlung ist eine Art Nachschlagewerk und enthält Prüffragen sowie entsprechende Aufarbeitungen für die Praxis. Sie wird in gedruckter Form in Kürze veröffentlicht.
- Die Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter beschließt die Handlungsleitlinie „Sexuelle Grenzverletzung, Übergriffe und Gewalt in betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen nach §§ 45 ff. SGB VIII“, die sich inhaltlich an den Vorgaben des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ orientiert. Die Handlungsleitlinie leistet einen Beitrag zur Erfüllung des Beratungsanspruches der öffentlichen und freien Träger und des Schutzauftrages nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz.
- Die 7. neu bearbeitete Fassung 2014 der Empfehlung zur Adoptionsvermittlung liegt in gedruckter Form vor und wird den Mitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt.
- Ein zentrales Thema ist der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Die BAGLJÄ hat hierzu eine Stellungnahme erarbeitet. Frau Zeller lobt die Arbeit des Ministeriums für die sehr intensiven Planungen zu dieser Thematik im Vergleich zu anderen Ländern. Die Grundlinien des Gesetzentwurfes werden positiv bewertet. Allerdings wirft die Umsetzung für die Kommunen und -als zentrale Stelle- für das Land noch viele Unklarheiten auf.
- Im Herbst starten die Aktionswochen der Jugendämter mit zwei Schwerpunktthemen. Sie laufen unter dem Motto „25 Jahre SGB VIII – groß werden mit dem Jugendamt“ und „Gut ankommen mit dem Jugendamt“. Letzteres wurde auf Grund der bundesweit steigenden Flüchtlingszahlen ins Programm genommen, welches auch vom Bundesfamilienministerium gefördert wird. Ministerin Irene Alt wird anlässlich der Aktionswochen sechs Jugendämter besuchen und über aktuelle Themen der Kinder- und Jugendhilfe sprechen.

Alle Empfehlungen sowie weitere Informationen zu den Aktionswochen der Jugendämter sind auf der Internetseite [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de) erhältlich.

Aus der Arbeit der Verwaltung des Jugendamtes berichtet Birgit Zeller zu folgenden Punkten:

- In einem Seminar für die Jugendamtsleitungen wurde mit dem ISM Fragen der Steuerung in den Jugendämtern erörtert und die fachliche Kooperation zwischen den Jugendämtern, dem Landesjugendamt und dem ISM diskutiert. Weitere Veranstaltungen werden folgen.

- Es fand eine Fachtagung für die Fachkräfte in den Pflegekinderdiensten und der Sozialpädagogischen Familienhilfe aus Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen zum Thema „Pflegekinder und Pflegeeltern mit Migrationshintergrund – Arbeit mit Herkunftsfamilien“ statt, bei der in einem landesweiten Austausch Weiterentwicklungsfragen erörtert wurden.
- Im Zusammenhang mit dem § 45 SGB VIII treten bundesweit vermehrt Probleme mit privaten Trägern in der Kinder- und Jugendhilfe auf, auch im Bereich der Kindertagesstätten. In Rheinland-Pfalz gibt es im Bereich der HzE immer wieder schwerwiegende Qualitätsprobleme. In einer betriebserlaubnispflichtigen Einrichtung im Raum Trier ist die Betriebserlaubnis entzogen worden, weil massive Kinderrechtsverletzungen vorgefallen sind und der private Träger die Prioritäten anders setzte.

In Ergänzung zur Information aus der Verwaltung berichtet Frau Nonninger von den regionalen Arbeitstagen Nord und Süd der kommunalen Fachkräfte der Jugendarbeit. Die Arbeitstagen standen unter dem Thema „Gut ankommen, eine Willkommenskultur entwickeln“.

Der Vorsitzende, Albrecht Bähr informiert zu weiteren zwei Punkten:

- Zur heutigen LJHA-Sitzung hätte das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie eingeladen werden sollen, um einen Bericht zum Thema „Kinderarmut“ und zum kürzlich erschienenen Armuts- und Reichtumsbericht Rheinland-Pfalz, zu geben. Herr Bähr bedauere es generell, dass das Sozialministerium nicht mehr ganz so präsent im LJHA ist. Er freut sich daher umso mehr, dass für die nächste Sitzung r des Landesjugendhilfeausschusses die Ministerin selbst ihre Teilnahme zugesagt hat.
- Das Justizministerium hat den Entwurf eines Landesjugendarrestvollzugsgesetz vorgelegt. Eine Anhörung des Landesjugendhilfeausschusses dazu erfolgte nicht. Das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz entschuldigt sich für das Versäumnis und hat dem Landesjugendhilfeausschuss zugesagt, das Gesetz in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

**zu TOP 6: Vorlage Nr. 36  
Auftrag an die Fachausschüsse für die kommende Haushaltsaufstellung**

Sybille Nonninger stellt den Auftrag an die Fachausschüsse für die kommende Haushaltsaufstellung vor.

Bei der letzten LJHA Sitzung wurde deutlich, dass bei der Mitwirkung zur Haushaltsaufstellung generell ein neues Verfahren gewünscht wird. In der Vergangenheit hat sich lediglich der FA 1 intensiv mit der Haushaltsaufstellung befasst. Damit alle Bedarfe der Kinder- und Jugendhilfe in die Haushaltsplanaufstellung einfließen können, sollen die Ergebnisse der Fachausschüsse in der letzten LJHA Sitzung des Jahres vorliegen.

**Der LJHA beauftragt die Fachausschüsse einstimmig zu Ausarbeitungen für die betreffenden Haushaltstitel zur Haushaltsplanaufstellung 2017/2018. Die Anregungen sollen zur LJHA Sitzung am 30. November 2015 vorliegen.**

### **zu TOP 7: Zweiter Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz**

Prof. Dr. Christian Schrapper stellt die zentralen Ergebnisse des Zweiten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz anhand einer Power-Point Präsentation vor. Der Zweite Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz liegt den Mitgliedern als Tischvorlage vor. Die Power-Point Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Leitthema und Auftrag an die Berichtskommission für den Zweiten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz war die Untersuchung der Lebensphase „Jugend“, der Bedeutung und Notwendigkeit der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen. Für den Zweiten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz sind 2.000 junge Menschen befragt und 60 Fachkräfte in sieben Hearings angehört worden. Der Bericht untermauert die Notwendigkeit einer eigenständigen Jugendpolitik und fordert eine umfassende Jugendförderung mit entsprechender finanzieller Ausstattung. Eine Herausforderung liegt darin, den ländlichen Raum sowie die entsprechende Gestaltungsverantwortung der Jugendhilfe zu stärken. Weitere Ergebnisse zum Zweiten Kinder- und Jugendbericht sind im Internet unter [www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de](http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de) erhältlich.

Auf Nachfrage von Herr Rösch, warum die Förderschulen in der Umfrage keine Berücksichtigung finden, antwortet Herr Prof. Schrapper, dass Kinder und Jugendliche an den Jugendworkshops beteiligt waren, jedoch die schriftliche Befragungsart nicht für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung geeignet war. Er macht aber darauf aufmerksam, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen bei 2 % in Rheinland-Pfalz liegt. Die Anregung sich mit dem Thema Inklusion im nächsten Kinder- und Jugendbericht zu befassen, nimmt Herr Prof. Schrapper auf.

Frau Käseberg weist zu diesem Thema auf den Fachtag „Dialog, Eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz“ hin, wo der Bericht auch den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe vorgestellt wird. Der Fachtag findet am 20. Juli 2015 in der Akademie der Wissenschaft und der Literatur statt.

Frau Stanko ergänzt, dass mit der Jugendstrategie des Landes die eigenständige Jugendpolitik vorangebracht werden soll. Hierfür birgt der Zweite Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz sehr viel Unterstützung. In insgesamt sechs regionalen Veranstaltungen soll der Bericht den Jugendämtern vorgestellt werden. Am 18.02.2016 findet die erste Veranstaltung in Koblenz statt.

**Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt die Fachausschüsse einstimmig, sich mit dem Zweiten Kinder- und Jugendbericht des Landes in ihrem Zuständigkeitsbereich zu befassen.**



**zu TOP 8: Vorlage Nr. 37  
„Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz“ – eine Anregung für alle Beteiligten in der Schulsozialarbeit**

Volker Steinberg stellt die vier Flyer zur „Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz“ vor. Die vierteiligen Flyer sind als Kurzübersicht für verschiedene mögliche Funktionsträger im Rahmen der Schulsozialarbeit gedacht.

**Der LJHA beschließt einstimmig die vier Flyer „Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz“ - eine Anregung für alle Beteiligten in der Schulsozialarbeit und beauftragt die Verwaltung mit der Veröffentlichung.**

**zu TOP 9: Verschiedenes**

- Achim Hettinger verteilt die Broschüre „Zauberwort Schulsozialarbeit“, die unter der Schirmherrschaft von Angelika Birk, Bürgermeisterin der Stadt Trier erstellt worden ist. Weitere Informationen sowie Veranstaltungstermine sind im Internet unter: [www.trierer-machen-schule.de/news](http://www.trierer-machen-schule.de/news) erhältlich.
- Eric Niekisch informiert über die 108. Vollversammlung des Landesjugendringes die am 25. April 2015 in Osthofen stattfand. Die Delegierten haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, sich in den kommenden Monaten intensiv mit den Herausforderungen und Auswirkungen von Schuldenbremse und Sparpolitik auseinanderzusetzen. Ein entsprechender Antrag mit dem Titel: „Nicht die Jugend ausbremsen!“ ist ohne Gegenstimmen beschlossen worden. Neben dem Leitantrag zur Schuldenbremse beschloss die Vollversammlung über drei weitere inhaltliche Anträge sowie zwei Aufnahmeanträge und wählte den Vorstand für die kommenden beiden Jahre.
- Die Broschüre „Eltern, Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter im Jugendstrafverfahren“ wird den Mitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt.
- Clemens Frenzel-Göth weist darauf hin, dass Detailfragen zu den Vorfällen in der Kita „Maria Königin“ in Mainz-Weisenau in der Mainzer Bistumsnachricht Nr. 23 vom 17. Juni 2015 nachzulesen sind. Er bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, was Kindern und Eltern zugestoßen ist. Zugleich gibt Clemens Frenzel-Göth sein Ausscheiden als Mitglied aus dem LJHA auf Grund eines internen Stellenwechsels bekannt. Der Vorsitzende Albrecht Bähr bedauert das Ausscheiden von Herrn Frenzel-Göth und dankt ihm im Namen aller LJHA Mitglieder für seine konstruktive und sehr gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für sein neues Aufgabengebiet weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

Protokollführung  
gez.  
Ebru Berdan

Vorsitzende/r  
gez.  
Albrecht Bähr



**Anwesenheitsliste**  
**Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses**  
**am 6. Juli 2015 in Mainz**

A: stimmberechtigte Mitglieder

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
1.	Bähr, Albrecht	Giersen, Christiane	✓
2.	Barrois, Peter	Künzer, Wolfgang	✓
3.	Bröskamp, Elisabeth	Scheilhammer, Pia	✓
4.	Busch, Bernhard	Wassyl, Axel	✓
5.	Demuth, Ellen	Huth-Haage, Simone	✓
6.	Eisenstein, Claus	Lerch, Peter	
7.	Frenzel-Göth, Clemens	Mergen, Joachim	✓
8.	Haderlein, Prof. Dr. Ralf	Herzog, Silvia	✓
9.	Herder, Waldemar	Röthlingshöfer, Ingo	✓
10.	Keggenhoff, Werner	Placzek, Detlef	✓
11.	Knauer, Wolfgang	Zuber, Charlotte	✓
12.	Leimbach, Michael	Kiefer, Stefan	✓
13.	Lieber, Michael	NN	entschuldigt
14.	Marzi, Anke	Kolling, Alexander	✓

Landesjugendamt



Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
15.	Niekisch, Eric	Goldingier, Felix	✓
16.	Oster, Benedikt	Klöckner, Dieter	entschuldigt
17.	Otto, Stephanie	Loch, Bernd	✓
18.	Schneid, Marion	Dickes, Betina	✓
19.	Schrappner, Prof. Dr. Christian	Bundschuh, Prof. Dr. Stephan	✓
20.	Schuster, Regine	Jennes, Irene	✓
21.	Simon, Anke	Klommann, Johannes	entschuldigt
22.	Steinberg, Volker	Pötzl, Horst	✓
23.	Ulrich, Jürgen (entschuldigt)	Hettinger, Achim	✓
24.	Wehner, Thorsten	Brück, Bettina	✓
25.	Wilhelm, Markus	Unkelbach, Elvira	entschuldigt

B: beratende Mitglieder

26.	Aktürk, Gülcan	/	
27.	Caron-Petry, Eva	Petri-Burger, Antje	✓
28.	Christmann, Stefan	/	✓
29.	Darscheid, Maya	Luther, Ingrid	
30.	Detering, Elisabeth	Lauer, Christiane	entschuldigt
31.	Diegmann, Ingeborg	/	✓

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
32.	Frank-Morher, Sigrid	/	entschuldigt
33.	Gerlich, Renate	/	✓
34.	Haase, Robert	/	entschuldigt
35.	Hafemann, Helmut	/	✓
36.	Hasenclever, Frank	/	✓
37.	Heine-Wiedenmann, Dr. Dagmar (entschuldigt)	Jost, Stephanie	✓
38.	Morsblech, Nicole	/	✓
39.	Nemazi-Lofink, Peimaneh	/	entschuldigt
40.	Neu, Rudi	/	✓
41.	Orantek, Sonja	/	entschuldigt
42.	Posern, Dr. Thomas	Donath, Roberta	✓
43.	Rettig, Lea	/	
44.	Röhlich-Pause, Kerstin	/	✓
45.	Rösch, Matthias	/	✓
46.	Saess, Jürgen	/	✓
47.	Scholten, Bernhard	Fischer, Christina	entschuldigt
48.	Simon-Köhler, Anja	Winheller, Andreas	✓
49.	Skala, Dieter	Kettern, Frank	✓
50.	Snovski, Vladimir	NN	✓

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
51.	Stubenrauch, Hubert	/	
52.	Vicente, Miguel (entschuldigt)	Orphanidou, Carolina	✓
53.	Zeller, Birgit	Nonninger, Sybille	✓

weitere Teilnehmer/innen

	Jung, Johannes		
	Porr, Claudia		
	Käseberg, Regina		
	Nonninger, Sybille		
	Stanko, Lucia		
	Giersen, Christiane		



## Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

<b>Vorlage zur Sitzung des LJHA am</b>	<b>06. Juli 2015</b>
<b>Information aus dem Fachausschuss 1</b>	<b>17. Juni 2015</b>

<b>Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:</b>	<b>Stand der Beratung</b>	<b>B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA</b>
Vorstellung des 2. Kinder- und Jugendberichts	Der FA 1 stellt fest, dass Jugendarbeit im Bericht verschieden definiert wird. Das Verständnis zu schärfen und Jugendarbeit von der `Beliebigkeit jedweder Betätigung junger Menschen` abzugrenzen, soll ein wichtiges Thema des FA1 werden.	I
Gewinnung von Fachkräften	Der FA 1 hat eine Arbeitsgruppe gebildet, welche die erfragten Rückmeldungen zur Ausbildung von Fachkräften für Jugendarbeit in RLP bearbeiten soll.	I
Sachstand PEP	Die „10 Thesen zur Jugendarbeit“ werden vor dem Hintergrund des 2. Kinder- und Jugendberichts bearbeitet.	I
Schulsozialarbeit Flyer	„Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz“ - eine Anregung für alle Beteiligten in der Schulsozialarbeit wird dem LJHA zum Beschluss vorgelegt	B
Auftrag LJHA : Fachgespräch GTS	Die AG wird die Arbeit zur Vorbereitung aufnehmen.	I
Situation der Minderjährigen Flüchtlinge	Der FA 1 wird die Situation der Flüchtlinge und die Herausforderungen für die Jugendarbeit begleiten.	I



## Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Vorlage zur Sitzung des LJHA am	06.07.2015
Information aus dem Fachausschuss 2	19.05.2015

Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:	Stand der Beratung	B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA
Elternarbeit	Aus der AG Elternarbeit erfolgt ein Sachstandsbericht. Der Entwurf wird noch einmal redaktionell überarbeitet und dann der AG der Jugendämter Nord/Süd sowie der Liga und den kath. und ev. Büros vorgelegt. Die Orientierungshilfe soll danach im September dem LJHA zur Beschlussfassung vorgelegt werden.	I
Kindertagespflege	Die AG Kindertagespflege hat sich konstituiert. Hier wurden eine Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Empfehlungen vorgenommen und Arbeitsaufträge für die anzupassenden Bereiche verteilt.	I
Flüchtlingskinder	Hauptthema der Besprechung waren organisatorische, pädagogische und finanzielle Fragen der Integration (Erweiterung von Plätzen in Kitas, Mehrpersonal, Dolmetscher, Fortbildung usw.)	I



## Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

<b>Vorlage zur Sitzung des LJHA am</b>	<b>6.7.2015</b>
<b>Information aus dem Fachausschuss 3</b>	<b>21.4.2015</b>

<b>Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:</b>	<b>Stand der Beratung</b>	<b>B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA</b>
Empfehlung Vollzeitpflege	Vertreter der Jugendämter erarbeiten unter Beteiligung des Landesjugendamtes einen Entwurf zur Empfehlung der Vollzeitpflege. Dieser soll in der Sitzung des Fachausschusses im Herbst 2015 vorgestellt und anschließend zur Diskussion gestellt werden.	I
Aktuelle Diskussion Steuerung der HzE	Der Fachausschuss erarbeitet für seine Sitzung am 15.10.2015 die Vorlage eines Eckpunktepapers.	I
Begleitete und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Aktuelle Information	I
Heimerziehung 50er und 60er Jahre	Aktuelle Information	I



17. Juni 2015

**Vorlage Nr. 36 (14/20) zu TOP 6**

**für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 6. Juli 2015**

## **Vorbereitende Mitwirkung an der Haushaltsplanaufstellung 2017/2018**

hier: Beauftragung der Fachausschüsse

Anlage:

**Berichterstatterin:                      Frau Nonninger**

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt die Fachausschüsse, sich mit den sie betreffenden Haushaltstiteln für die kommende Haushaltsplanaufstellung 2017/2018 zu befassen.**

Erläuterungen:

Der Aufstellungserlass zu den künftigen Haushaltsplänen wird vom Finanzministerium stets im Dezember versandt. Die Bedarfsanmeldungen zu den Haushaltstiteln sind dann bis Mitte Januar zu übermitteln. Für den Landesjugendhilfeausschuss ist diese Zeitspanne in der Regel zu kurz, um sein Mitwirkungsrecht substantiell wahrzunehmen. Lediglich der Fachausschuss 1 hat sich in der Vergangenheit immer schon intensiv mit der Haushaltsaufstellung befasst, aber seine Anmerkungen mussten regelmäßig nachgereicht werden.

Bei der letzten Haushaltsdebatte im Landesjugendhilfeausschuss wurde deutlich, dass hier generell ein anderes Verfahren gewünscht wird. Der Landesjugendhilfeausschuss sollte alle Haushaltstitel behandeln können, die sich mit Kinder- und Jugendhilfe beschäftigen.

Landesjugendamt



Dem wird nun, durch das neue, der eigentlichen Haushaltsplanaufstellung vorangehende Verfahren, Rechnung getragen. Damit die Ergebnisse in die Haushaltsplanaufstellung einfließen können, sollten sie in der letzten Sitzung des Jahres vorliegen.



## 2. KINDER- UND JUGEND- BERICHT RHEINLAND-PFALZ

Respekt! Räume! Ressourcen!

Der 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz  
– Struktur und zentrale Befunde  
Landesjugendhilfe-Ausschuss, Mainz, 6.7.2015

### Auftrag an die Berichtskommission

1. Die im 1. Kinder- und Jugendbericht begründete Konzeption für **eine regional differenzierende Sozialberichterstattung** war aufzugreifen und **weiterzuentwickeln**.
2. Während der Pilotbericht noch als Gesamtbericht konzipiert war, sollte im vorliegenden Bericht der **thematische Schwerpunkt auf die Lebensphase Jugend** gelegt werden.
3. Als wesentlichen Teilaspekt galt es dabei, die **Bedeutung und Notwendigkeit der verbandlichen und offenen kommunalen Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit** für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen herauszuarbeiten.

### Auftrag an die Berichtskommission

4. der 2. Kinder- und Jugendbericht **partizipativ** angelegt sein:
  - Die Berichterstattung über Kinder- und Jugendliche war unmittelbar durch **Selbstauskünfte junger Menschen** in Rheinland-Pfalz zu erweitern.
  - Die Fachszene (Wissenschaft und Fachkräfte v.a. der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit) soll durch **Expertinnen- und Expertenanhörungen** aktiv beteiligt werden.

### Umsetzung des Berichtsauftrags

- In **7 Hearings** berichteten und diskutierten mehr als 60 **Expertinnen und Experten aus der Fachszene** zu verschiedenen Themenschwerpunkten aktuelle Herausforderungen und Entwicklungsbedarfe v.a. der verbandlichen und offenen kommunalen Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit.
- **Jugend und Jugendarbeit** werden als **Schwerpunkthemen** in drei Blicken und vertiefend in eigenständigen Kapiteln behandelt.
- Empfehlungen zur **Weiterentwicklung des Indikatorenkonzeptes** aufgegriffen und zum **Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen** weiterentwickelt.

### Umsetzung des Berichtsauftrags - Was ist Jugend? -

1. Jugend ist keine natürliche Tatsache, sondern eine soziale Konstruktion
2. Jugendzeit ist Lern- und Entwicklungszeit: erwartet werden Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit und Leistungsbereitschaft
3. Jugendzeit ist Lebenszeit im „Hier und Jetzt“
4. Jugendllichkeit und Jugend sind auch Projektionsflächen für Hoffnungen und Ängste der Erwachsenen
5. Bedingungen und Chancen vieler Jugendlicher sind in Rheinland-Pfalz so gut wie nie zuvor – und zugleich ist die Lage zahlreicher junger Menschen höchst prekär – und beides ist in den Regionen des Landes deutlich unterschiedlich

Exkurs: **Jugend in der Einwanderungsgesellschaft** – das Merkmal „Migrationshintergrund“ versteht mehr, als es erklärt und doch muss über Bedeutung und Folgen von Zuwanderung und Flucht immer wieder kritisch nachgedacht werden – vor allem aber über die Zuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft

**Fazit: Alle jungen Menschen brauchen Zeiten und Räume für Entwicklung und Erprobung, vor allem aber Anerkennung und Respekt für die anspruchsvolle Aufgabe, eigenständig erwachsen zu werden**

### Umsetzung des Berichtsauftrags - das Modell gesellschaftlicher Bedingungen für das Aufwachsen -

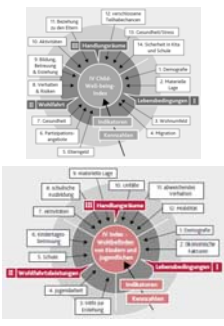
## Umsetzung des Berichtsauftrags - Selbstauskünfte -

In einem Jugendworkshop und über eine Fragebogenerhebung wurden **Selbstauskünfte von Jugendlichen** in Rheinland-Pfalz erhoben.

Tabelle 8: Methodensteckbrief Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

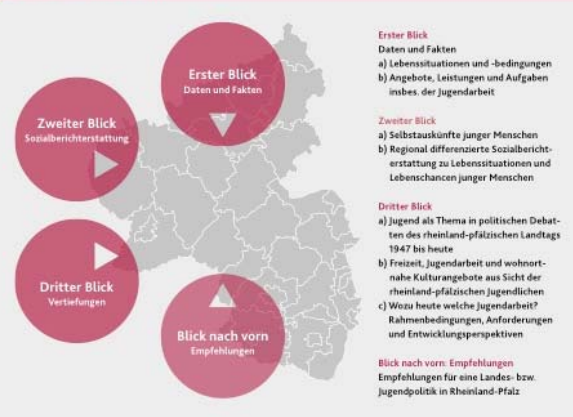
Grundgesamtheit	In Rheinland-Pfalz wohnende Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren
Stichprobe	Jugendworkshop: offener Zugang – Schneeballprinzip Standardisierte Jugendbefragung: Cluster Sample, Classroom-Befragung • Standortauswahl nach dem Gesamtindex des CWB-Index (erster Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz) • An jedem Standort wurden drei Schulformen befragt (Realschule plus, Gymnasium, BBS) • Alter: 14–18 Jahre (bzw. 13–20 Jahre, weil es aufgrund der Klassenzusammensetzung einige Ausreißer gab; diese machen 3 % der Stichprobe aus) • Geschlecht • Migrationshintergrund
Fallzahl	Jugendworkshop: n = 57 Jugendbefragung: n = 2.168
Erhebungsinstrument	Qualitativer Zugang: Zukunftswerkstatt und Gruppendiskussion Quantitativer Zugang: Schriftlicher Jugendfragebogen (Selbstaufüller in der Schulstunde)
Zeitraum	Qualitative Erhebung: 04.04.2013 (Pretest), 24.–25.06.2013 Jugendworkshop Quantitative Erhebung: 21.10.2013–13.12.2013

## - Umsetzung des Berichtsauftrages - Indikatorenkonzept



- Verschlankung des Indikatorenmodells und Verbesserung der Gleichwertigkeit der Dimensionen
- Erweiterung der Dimension Wohlfahrt zu Wohlfahrtsleistungen
- Selbstauskünfte der jungen Menschen genutzt, um neue Indikatoren bzw. Kennzahlen für das Indikatorenmodell zu begründen (z.B. in den Bereichen Schule, Migration, Mobilität)
- Frage nach objektive Voraussetzungen für subjektives Wohlbefinden
- Index für

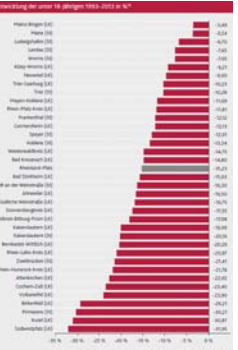
Abb. 1: Aufbau des Berichts



## Zentrale Befunde

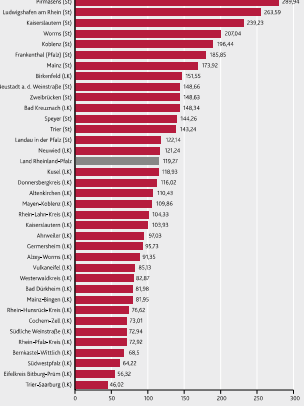


## Erster Blick: Daten und Fakten – Demografie und die Folgen –



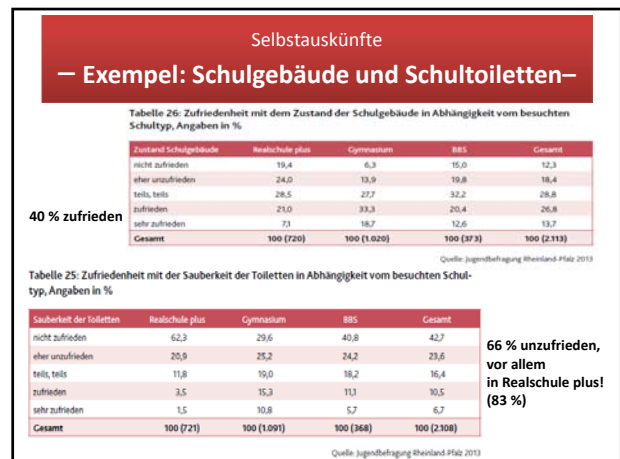
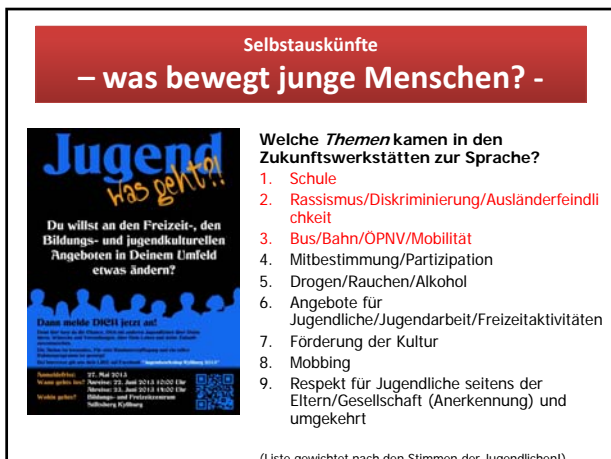
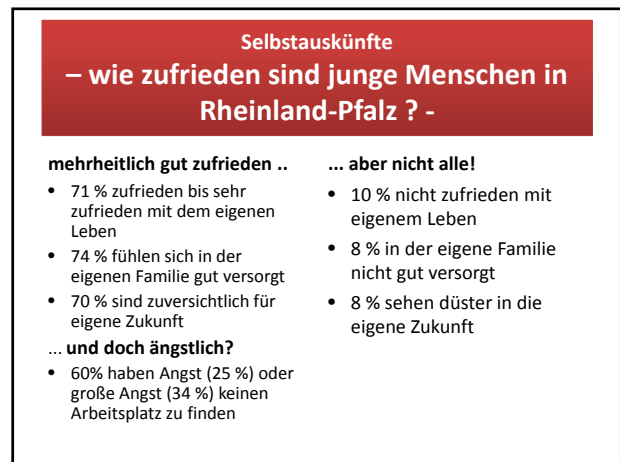
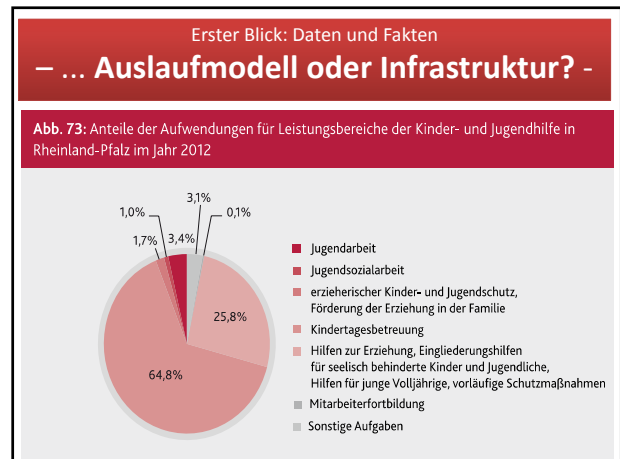
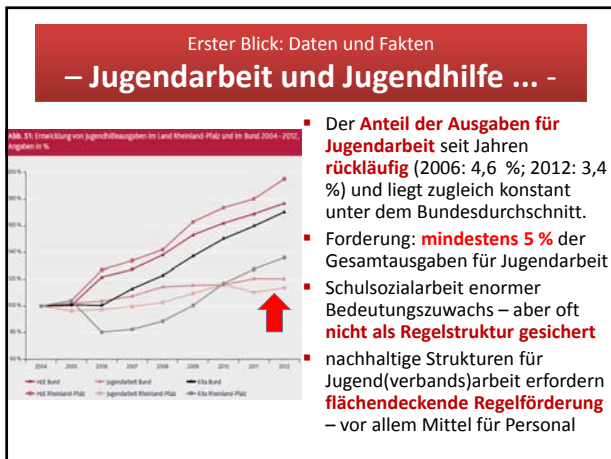
- gut **15 % weniger** Kinder und Jugendliche (u. 18 J.) seit 1995
- große **regionale Unterschiede**
- demografische Entwicklung bedeutsam für **Verteilungs- und Entwicklungsfragen**: weniger Junge – mehr Ältere
- **Verkleinerung der Möglichkeitsräume** junger Menschen, wenn die Zahl der (potenziellen) Peers kleiner wird?
- besonders **in ländlichen Regionen!**
- **bleiben oder gehen??** – vor allem ländliche Gemeinden müssen sich um ihre **Attraktivität für die junge Generation** „kümmern“!

Abb. 24: Sozialgeld-Bertrag, Sozialgeld-Sozialhilfe pro 1.000 Menschen bis unter 18 Jahren im Jahr 2013



## Erster Blick: Daten und Fakten – Armut und die Folgen –

- Große „Spannbreite“ der Armuts-Kinder im Land:
- 4,5 % in Trier-Saarburg = 1 von 20 Kindern
  - 28,9 % in Pirmasens = 1 von 3 Kindern



## Selbstauskünfte – Mobilität und ÖPNV –

Tabelle 30: Zufriedenheit mit dem Angebot des ÖPNV und den Fahrradwegen, Angaben in %

	Zufriedenheit ÖPNV	Zufriedenheit Fahrradwege
überhaupt nicht bzw. nicht zufrieden	37,2	53,4
teils, teils	23,4	21,8
zufrieden bis sehr zufrieden	39,4	24,9
<b>Gesamt</b>	<b>100 (2140)</b>	<b>100 (1450)</b>

Tabelle 31: Zufriedenheit mit dem ÖPNV auf dem Land und in der Stadt, Angaben in %

Zufriedenheit ÖPNV	Land	Stadt
überhaupt nicht bzw. nicht zufrieden	42,4	30,3
zufrieden bis sehr zufrieden	35,3	44,8

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013



## Zweiter Blick: Selbstauskünfte – Diskriminierung und Respekt –

- Die **Allgegenwart von Diskriminierung** in den jugendlichen Lebenswelten: Diskriminierung in Form von Mobbing und Rassismus sind Themen, die junge Menschen sehr bewegen und die sie sehr sensibel wahrnehmen.
- Jugendliche beklagen **mangelnden Respekt**, unter Gleichaltrigen, zwischen den Generationen, aber auch innerhalb der Gesellschaft. In den qualitativen Settings wurde das sehr deutlich formuliert.
- Die Befragung der Jugendlichen hat gezeigt, dass **Toleranz** gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen und sozial Schwächeren **nicht voraussetzungslos** ist, sondern einer **Thematisierung und Reflexion** bedarf, z.B. in den Schulen oder in der Jugendarbeit.
- Sichtbar wurde durch die Selbstauskünfte der jungen Menschen, dass es nicht mehr der Migrationshintergrund, sondern die **Armutslage ist, die Diskriminierung und Abwertung hervorruft**. Deshalb wurde Armut als zentraler Indikator in den Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen aufgenommen (Dimension Lebensbedingungen).

## Zentrale Befunde



## Zweiter Blick: Sozialberichterstattung – von CWB zum WKJ –

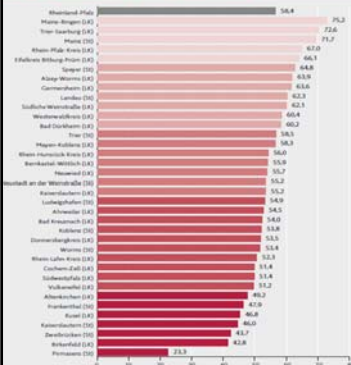


Kapitel 5: Vom Child Well-being zum Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen

- Region** ist zentral für gute oder weniger gute Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz!
- politische Herausforderungen:**
  - Jugendpolitik vor Ort bedarfsgerecht zu gestalten
  - als Landespolitik eigene Themen und Schwerpunkte setzen
  - auf die Unterschiedlichkeiten der Lebensbedingungen von jungen Menschen Einfluss nehmen

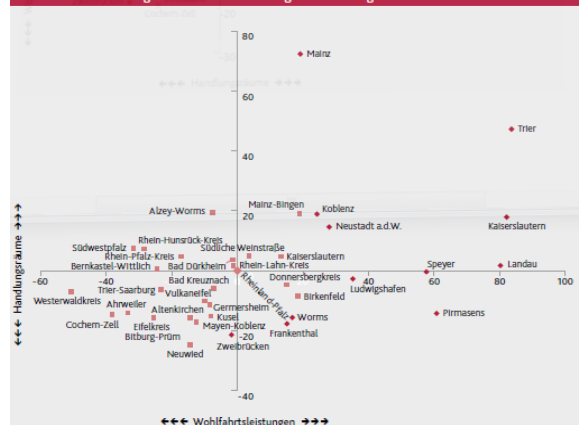
## Zweiter Blick: Sozialberichterstattung – Hinweise für regional-sensible Jugendpolitik –

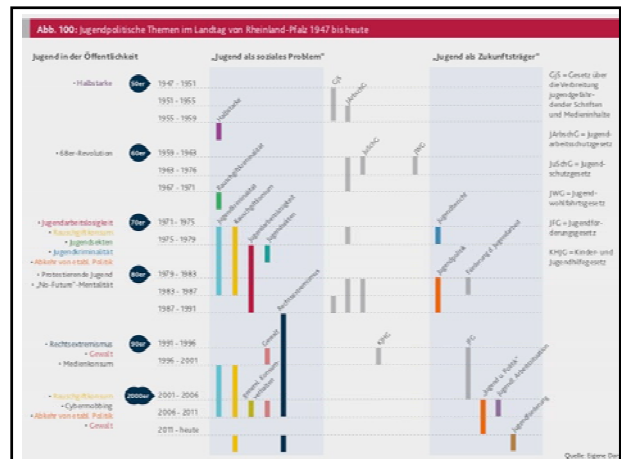
Abb. 98: Index Lebensbedingungen, Angaben in Standardpunktzahlen



- demografisch stabile Entwicklung = bessere Bedingungen für das Aufwachsen
- Je mehr Wohlfahrtsleistungen, desto die Handlungsräume für junge Menschen = objektive Voraussetzungen für subjektives Wohlbefinden
- strukturelle Unterschiede zwischen Städten und den Landkreisen besonders deutlich.

Abb. 98: Indexwertvergleich: Wohlfahrtsleistungen – Handlungsräume





### Dritter Blick: Vertiefungen – Jugendarbeit im Urteil Jugendlicher –

**Tabelle 46: Besuch eines Jugendfreizeittreffs/zentrums in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %**

Besuch eines Jugendfreizeittreffs/zentrums	Gesamt	Mädchen	Jungen
nie	88,9	91,5	86,5
1 x die Woche	7,3	5,8	8,6
2 x die Woche	2,4	2,2	2,7
3 bis 4 x die Woche	0,9	0,2	1,6
5 x die Woche und mehr	0,5	0,3	0,7
<b>Gesamt</b>	<b>100 (2.336)</b>	<b>100 (1.036)</b>	<b>100 (1.094)</b>

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2010

**Tabelle 47: Gründe, warum Jugendliche nicht in ein Jugendzentrum gehen, Mehrfachantworten möglich, Angaben in %**

Warum gehst Du nicht in ein Jugendzentrum?	Angaben in %
Es gibt dort nichts, was mich interessiert	56,2
Ich habe viele andere Interessen	47,5
Es gibt keines	40,8
Wegen der Leute, die dort hingehen	25,5
Ich weiß nicht, was in einem Jugendzentrum abgeht	22,9
Weil ich befürchte, dort bloß angemacht zu werden	10,3
mangelnde Verkehrsanbindung	9,7
geringste Öffnungszeiten	9,2
Angst vor Drogen	7,4
Rauchverbot	5,6
Angst vor bestimmten Cliquen	5,4
zu strenge Hausordnung	4,4
Eltern verbieten es	1,2
Religion und Tradition verbieten es	1,1

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2010

### Dritter Blick: Vertiefungen – Freizeit und Kulturangebote im Urteil Jugendlicher –

**Tabelle 55: Einschätzung des jugendspezifischen Freizeit- und Kulturangebots am Wohnort, Angaben in %**

Freizeit- und Kulturangebot am Wohnort	Gesamt	Mädchen	Jungen
sehr schlecht	29,8	33,5	26,4
schlecht	26,4	26,4	26,4
teils, teils	25,4	24,9	26,0
gut	12,3	10,3	13,8
sehr gut	6,2	5,0	7,3
<b>Gesamt</b>	<b>100 (2.303)</b>	<b>100 (1.036)</b>	<b>100 (1.094)</b>

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2010

**Nur knapp 20 % finden das jugendspezifische Freizeit- und Kulturangebot an ihrem Wohnort Sehr gut oder gut – die Mädchen etwas besser als die Jungen**

**Tabelle 57: Einschätzung des Freizeit- und Kulturangebots in Abhängigkeit von Stadt/Land, Angaben in %**

Freizeit- und Kulturangebot am Wohnort für junge Leute	Land	Stadt	Gesamt
sehr schlecht	32,0	25,4	29,7
schlecht	27,4	25,0	26,4
teils, teils	24,2	27,4	25,6
gut	10,2	14,7	12,3
sehr gut	5,3	7,4	6,2
<b>Gesamt</b>	<b>100 (1.217)</b>	<b>100 (904)</b>	<b>100 (2.121)</b>

auf dem Land sind es nur gut 15 %, in der Stadt gut 25 %

- ### Dritter Blick: Vertiefungen –Hinweise für „moderne Jugendarbeit“? –
- unter 18-Jährige sind auch in Rheinland-Pfalz zu einem knappen und wertvollen „Gut“ geworden – und sie werden es zunehmend mehr.
  - gute Jugendarbeit ist unverzichtbarer Teil eine Strategie, eine Kommune familien-, kinder- und jugendfreundlich zu gestalten, und damit jungen Menschen Anreize zu bieten, zu bleiben oder zur Familiengründung zurückzukehren
  - Jugendarbeit ist mehr als das Jugendhaus, die Jugendarbeiter\_in oder die verbändliche Jugendarbeit – aber auch das Jugendhaus, der Jugendarbeiter und die Jugendverbände!
  - Jugendarbeit ist Teil einer als sozialen Infrastruktur, die attraktive, verlässliche und förderliche Entwicklungsräume für alle jungen Menschen bereitstellt
  - Jugendarbeit erfordert kommunalpolitischen Gestaltungswillen, genau dafür zu sorgen
  - auskömmliche Finanzierung von Personal und Räumen sind unverzichtbare Bedingungen – mindestens 5% der Kinder- und Jugendhilfeeats der Städte und Kreise sind das Minimum



Blick nach vorn:  
**Herausforderungen an eine eigenständige  
 und querschnittsorientierte Jugendpolitik**



**Jugendpolitik im Land ist...**

- **... Fachpolitik für junge Menschen** und hat die Chancen für die Entwicklung aller jungen Menschen zu gestalten.
- **... Teil von und eingelagert in andere Politikbereiche**; dort muss sie jugendspezifische Anforderungen herausarbeiten und vertreten – in Abstimmung und wo erforderlich in Abgrenzung zu der Politik für andere Bevölkerungs- und Altersgruppen: z.B. in der Bildungs-, Wirtschafts-, Infrastruktur-, Verkehrs-, oder Innenpolitik
- **... vor allem aber Infrastrukturpolitik**: Sie ist angewiesen auf ein **ressortübergreifendes Gesamtverständnis**, das die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen der Lebensphase Jugend als eine Zeit folgenreicher Entwicklungsarbeit und Erprobung zugleich begreift und gestaltet

Blick nach vorn:  
**- Empfehlungen -**

Junge Menschen in Rheinland-Pfalz fordern Respekt. Dieser muss sowohl grundsätzlich Blick und Haltung prägen als auch konkret erkennbar sein.

**drei Hinweise an die Landespolitik:**

- **Infrastruktur für Bildung, Jugendarbeit und Mobilität erhalten und entwickeln**
- **Raum bereitstellen, Vielfalt ermöglichen und Orientierung geben**
- **Jugendhilfeplanung als kommunale Infrastrukturplanung gestalten und Selbstauskünfte von Kindern und Jugendlichen kontinuierlich in die Berichterstattung und Jugendhilfeplanung aufnehmen**

**Oder – prägnant zusammengefasst:**

**Respekt! Räume! Ressourcen!**